

Antrag 239/I/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Sozialstaat bürger*innennah 2025 - Berlin muss Vorbild werden!**

1 Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert gemeinsam
2 mit den Gliederungen der Partei und den sozialdemokra-
3 tischen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und der Be-
4 zirksverordnetenversammlungen sowohl eine umfassen-
5 de positive Vision, als auch in Eckpunkten ein ambitionier-
6 tes und gleichwohl umsetzbares Konzept zu entwickeln,
7 wie der Sozialstaat für Menschen in Berlin künftig deut-
8 lich positiver wahrgenommen werden kann.

9
10 Ziel muss es sein, Bürgerinnen und Bürgern mehr Orien-
11 tierung zu geben über bestehende Leistungssysteme, die
12 Beratung damit immer Ergebnis in höherer Qualität für
13 mehr Menschen zu gewährleisten, die Verständlichkeit
14 des Verwaltungshandelns und damit von Anträgen und
15 Bescheiden zu erhöhen. Die Sozialverwaltung sollte künf-
16 tig mehr als Partner des Bürgers wahrgenommen wer-
17 den, dazu bedarf es einer stärkeren Dienstleistungsorien-
18 tierung. All dies lebt letztlich von den Personen „auf der
19 anderen Seite des Tisches“, den Menschen, die in der Sozi-
20 alverwaltung arbeiten.

21
22 Diese Leitplanken einer Vision beschreiben die Hand-
23 lungsfelder. Darin zeichnen sich bereits mögliche Eck-
24 punkte eines späteren Konzeptes ab:

25
26 **1. Orientierung geben und Beratung verbessern: „Sozial-**
27 **beratung im Kiez“** In der grundsätzlichen Vision sollte für
28 Menschen, welche nach Unterstützung suchen, möglichst
29 niedrigschwellig Angebote bestehen, um sich kundig zu
30 machen, welche Leistungen des Sozialstaats überhaupt
31 für sie in Frage kommen könnten. Entsprechend bedarf es
32 einer wohnortnahen Bereitstellung mit Anlaufstellen im
33 eigenen Kiez („Sozialberatung im Kiez“). Bei Bedarf muss
34 auch ein aufsuchender Dienst, der bei Wunsch auch in die
35 Wohnung kommt, eine Möglichkeit sein.

36
37 In der Vision sollte der Gedanke von „One-Stop-Shops“
38 dabei leitend sein sollte, d.h. Anlaufstellen, wo es nicht
39 nur die Möglichkeit der umfassenden Beratung zu (mög-
40 lichst) allen Sozialleistungen gibt, sondern auch Hilfe bei
41 Beantragung bis hin zur Antragsabgabe (und ggf. Im wei-
42 teren Antragsprozess, wie Erläuterung von Bescheiden).
43 In der Fachwelt wird dieser Forderung oft entgegengehal-
44 ten, dass dies nicht leistbar sei, da es unmöglich sei, Perso-
45 nal zu finden bzw. auszubilden, welches derart umfassend
46 in allen entsprechenden gesetzlichen Regularien qualifi-
47 ziert sein könne. Diese Bedenken sind zwar nachvollzieh-
48 bar, allerdings bedarf es in der ersten Stufe nicht densel-
49 ben Kenntnissen wie in einer Leistungssachbearbeitung
50 im Hintergrund. Pate stehen sollten hier tendenziell eher

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: Kommission Politische Handlungsfelder
(Konsens)**

51 unabhängige Sozialberatungen, wie sie bereits vereinzelt
52 im Land Berlin angeboten werden.

53

54 Eine in jedem Fall umsetzbare Variante wären „First-Stop-
55 Shops“, also Anlaufstellen, wie „One-Stop-Shops“ mit ei-
56 ner umfassenden Erstberatung für möglichst viele mögli-
57 che Sozialleistungen, in denen u.U. dann aber an andere
58 Stellen weiter verwiesen werden muss. Die Vielzahl der
59 künftigen Sozialberatungen im Stadtteil könnten auch
60 verschiedene Profile entwickeln, wo diese besondere Be-
61 ratungsschwerpunkte haben, also eine vertiefte Beratung
62 (und damit Antragsaufnahme, Antragsannahme und Be-
63 gleitung im Prozess) gewährleisten können.

64

65 Flankierend informieren über die Sozialberatungen und
66 ggf. Schwerpunkte könnte hier ein Online-Portal (in An-
67 lehnung an die Idee des Portals Familie des Landes Berlin).

68

69 Ein wichtiger Baustein sind hier die Versicherungsämter.
70 Vor über 100 Jahren hat der Gesetzgeber die kommunale
71 Ebene verpflichtet unterste Verwaltungsbehörden als Ver-
72 sicherungsämter einzurichten. Diese leisten schon heute
73 einen wichtigen Beitrag bei der Beratung von Menschen,
74 welche Leistungen der Sozialversicherungen (insbesonde-
75 re Rentenversicherung) beantragen wollen, aber beraten
76 im Rahmen ihrer Kapazitäten auch darüber hinaus. Sie ar-
77 beiten unabhängig und können gleichzeitig, da sie selbst
78 Behörde sind, für die Beratenen Kontakt mit den entspre-
79 chenden Trägern aufnehmen um Sachverhalte aufzuklä-
80 ren. Hier schlummert ein großes Potential. Gegenwärtig
81 sind die Versicherungsämter gemäß Zuständigkeitskata-
82 log dem Land zugewiesen und völlig unterausgestattet.
83 Eine Verlagerung auf die Bezirksebene und in die Rathäu-
84 ser, in Verbindung mit angemessener Personalausstat-
85 tung wäre ein erster wichtiger Schritt.

86

87 **2. Sozialverwaltung verständlich machen** Es muss für
88 Menschen möglich sein, Sozialverwaltung auch ohne Ver-
89 waltungsbildung (und auch möglichst ohne „Überset-
90 zung durch eine Sozialberatung“) zu verstehen. Gegen-
91 wärtig ist dies in den meisten Fällen nicht gegeben. Da-
92 durch entwickelt sich Ohnmacht, Frust bis hin zu Miss-
93 trauen gegenüber den staatlichen Stellen der Leistungs-
94 gewährung. Hier lohnt sich ein Blick auf die Entwicklun-
95 gen im Bereich der Politik für Menschen mit Beeinträch-
96 tigungen. Inzwischen besteht Konsens, dass es Ziel sein
97 müsse, Systeme möglichst barrierefrei, zumindest barrie-
98 rearm zu gestalten. Dazu gehört insbesondere die Spra-
99 che. Dies sollte eine gewinnbringende Richtschnur sein
100 um die Sozialverwaltung für alle Menschen verständli-
101 cher zu machen. Einfache und leichte Sprache sind das
102 Ziel. Aber selbst wenn zwei Versionen vorgehalten wer-
103 den, sollte nicht eine in einfacher Sprache und die ande-
104 re in Verwaltungsjurist*innen-Sprache sein. Die Mindest-
105 anforderung muss immer „verständliche Sprache“ sein. Es

106 gibt Kommunen, die es vorgemacht haben, dass es sehr
107 wohl möglich ist, Antragsformulare und Bescheidtexte
108 verständlich zu gestalten, ohne das nachvollziehbare Ziel
109 der Rechtssicherheit zu opfern. Es ist ein Kraftakt die Viel-
110 zahl an Formularen und Textbausteinen zu überarbeiten
111 und Personal entsprechend zu schulen, der längerer Zeit
112 bedarf. Umso wichtiger ist es jetzt damit zu beginnen und
113 einen ambitionierten aber realistischen Plan der Umset-
114 zung zu entwickeln.

115

116 **3. Die Sozialverwaltung als Partnerin und Dienstleiste-**
117 **rin** Sowohl die Sozialberatung im Kiez als auch alle an-
118 deren ausführenden Stellen der Sozialverwaltung müssen
119 mittelfristig eine deutliche (stärkere) Dienstleistungsori-
120 entierung entwickeln und im Ergebnis als „Partnerin der
121 Bürgerinnen und Bürger“ fungieren. Das (zwar nachvoll-
122 ziehbare aber doch schädliche) „Silodenken“ der Sozial-
123 verwaltung heute, wo sich jede Stelle auf ihren Bereich
124 beschränkt, muss der Vergangenheit angehören. Dort wo
125 Menschen ergänzend innerhalb oder außerhalb eines je-
126 weiligen Leistungssystems zusätzliche Ansprüche haben
127 könnten, sind sie dahingehend zu beraten. Die Mitarbei-
128 terinnen und Mitarbeiter müssen sich dazu in die Schu-
129 he der Leistungsberechtigten stellen und deren Lebens-
130 situation umfassend betrachten und dahingehend berate-
131 ren. Dies gilt insbesondere dort, wo ein Leistungsbezug
132 endet und gerade dadurch neue / andere Leistungen re-
133 levant werden könnten (z.B. Ende des Bezugs von Arbeits-
134 losengeld II durch Arbeitsaufnahme, anschließend mög-
135 liche Ansprüche auf Kinderzuschlag und/oder Wohngeld;
136 damit einhergehend andere Träger für Beantragung von
137 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets). In einem
138 ersten Schritt könnte hier regelmäßiger Verweis auf das
139 oben angesprochene Portal helfen, möglichst in Verbin-
140 dung mit entsprechend an Lebenslagen orientierten Ein-
141 stiegsseiten („Geringe Einkommen“, „Familie und Kinder“,
142 „Menschen mit Beeinträchtigungen“ usw.).

143

144 Bisher scheitern viele Anträge oft auch an der Vielzahl an
145 Daten die erhoben und Nachweisen die erbracht werden
146 müssen. Eine Sozialverwaltung mit Dienstleistungsorien-
147 tierung schickt Antragsteller*innen nicht mehr durch die
148 Stadt um Unterlagen einzusammeln und Bescheinigun-
149 gen verschiedener anderer Stellen einzuholen. Es ist ein
150 System zu erarbeiten, wo es Antragsteller*innen ermög-
151 licht wird, die Behörden zu ermächtigen, einmalig für den
152 jeweiligen Zweck die benötigten Daten (z.B. Arbeitsein-
153 kommen, Bescheinigungen der Krankenkasse usw.) intern
154 unmittelbar von den jeweiligen anderen Stellen abzurufen
155 bzw. einzuholen. Dies stellt eine nicht zu unterschätz-
156 zende Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger dar.

157

158 Sozialverwaltung als Partner ist auch dann gelungen,
159 wenn die Zahl der Widersprüche und Klagen deut-
160 lich zurückgegangen ist. Leistungsentscheidungen und -

161 bescheide, die nicht den Wünschen der Antragsteller*in-
162 nen entsprechen, müssen damit verständlich und nach-
163 vollziehbar sein. Zusätzlich bedarf es Stellen der Unter-
164 stützung bei der Aufklärung ob Widersprüche Aussicht
165 auf Erfolg haben. In einem guten System, kann eine ers-
166 te Verwaltungsentscheidung mit Hilfe von unabhängi-
167 gen Mittler*innen wie beispielsweise Ombudspersonen
168 (wie sie derzeit in mehreren Bezirken für den Bereich der
169 Jobcenter existieren) noch vor Einreichung eines Wider-
170 spruchs korrigiert oder ggf. auch zufriedenstellend erklärt
171 werden. Dort wo nötig, sollte eine Unterstützung und Be-
172 ratung über die notwendigen Schritte für Widerspruch
173 und ggf. Klage ebenfalls durch unabhängige Stellen mög-
174 lich sein, bis hin zur Vermittlung in anwaltliche Beratung
175 und zur Beantragung von Prozesskostenhilfe.

176

177 **4. Personal** Für dieses neue Verständnis einer Sozialstaats-
178 verwaltung und die Einrichtung von Sozialberatungsstel-
179 len in den Kiezen braucht es entsprechend motiviertes
180 und vor allem gut ausgebildetes Personal. Teil der Strate-
181 gie muss daher auch eine entsprechende Personalstrate-
182 gie umfassen. Dies bezieht sich sowohl auf klassische In-
183 strumente (Ausbildung, Rekrutierung, regelmäßige Fort-
184 und Weiterbildung) als auch bisher in Berlin weniger in-
185 tensiv genutzte Instrumente. Beispielsweise könnte die
186 regelmäßige Abordnung auf Zeit von Mitarbeiterinnen
187 und Mitarbeiter anderer Leistungsbehörden wie Jobcen-
188 ter, Jugendamt, Wohngeldstelle in die Sozialberatungs-
189 stellen im Kiez ein solches Instrument sein. Dies würde
190 gleichermaßen der Beratungskompetenz in den Einrich-
191 tungen, als auch der Personalentwicklung der abgeordne-
192 ten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im beschriebenen
193 Sinne dienen. Bei den Überlegungen zu den quantitativen
194 Personalbedarfen ist zu berücksichtigen, dass eine gute
195 Beratung im Kiez eine Entlastung in den Sozialleistungs-
196 behörden an anderer Stelle zur Folge haben wird (von Be-
197 ginn an besser ausgefüllte Anträge, weniger Widersprü-
198 che usw.)

199

200 **5. E-Government als Chance: Wertvolle Ergänzung aber**
201 **nicht Ersatz des persönlichen Kontakts** Die E-Government
202 Strategie des Landes Berlin mit Etablierung eines persön-
203 lichen Servicekontos kann die Beantragung von Sozialleis-
204 tungen künftig noch mehr unterstützen und muss daher
205 bei diesem Konzept mitgedacht werden. Allerdings wird
206 es in der Regel kein Ersatz für die weiterhin notwendigen
207 persönlichen Beratungen darstellen. Im Idealfall bietet die
208 Digitalisierung von Antragsprozessen jedoch eine große
209 Chance in Verbindung mit den Sozialberatungsstellen im
210 Kiez, wenn die Beraterinnen und Berater vor Ort dabei
211 unterstützen die jeweiligen Leistungen gemeinsam mit
212 den Antragstellenden am PC die Anträge ausfüllen. Damit
213 wäre ein großes Problem beim Wunsch einer rechtskreis-
214 übergreifende Antragsannahme gelöst.

215

216 **6. Zuständigkeiten intern klären - wer macht was?** Ein um-
217 fassendes Konzept kommt nicht umhin klar Rollen und
218 Aufgaben zu definieren. Dazu gehört auch, welche der
219 hier beschriebenen Aufgaben dergestalt hoheitlich sind,
220 so dass diese ausschließlich durch öffentlich Bedienstete
221 erfüllt werden können und welche Aufgaben auch durch
222 oder in Zusammenarbeit mit Träger*innen wahrgenom-
223 men werden können oder sollen. Schließlich ist in der Be-
224 sonderheit der Berliner Verwaltung auch immer die Ab-
225 grenzung zwischen der Zuständigkeit von Bezirken und
226 der Landesebene im Blick zu behalten, hinreichend zu klä-
227 ren, auch mit Blick auf Finanzierung und einheitliche Auf-
228 gabenerfüllung.

229

230 **7. Bestehende Strukturen nicht ersetzen sondern ergänzen und auf den Erfahrungen aufbauen** Berlin bietet gu-
231 te Voraussetzungen um den Sozialstaat für den Bürger*in-
232 nen künftig ganz anders erlebbar zu machen und hier ei-
233 ne Vorbildfunktion einzunehmen. Dabei geht es nicht dar-
234 um, bestehende Angebote wie Stadtteilzentren, Familien-
235 zentren, Rathäuser, oder Senior*innenbegegnungsstätten
236 zu ersetzen. Im Gegenteil, auf den bestehenden Struktu-
237 ren und den Erfahrungen soll aufgebaut und diese ent-
238 sprechend ausgebaut werden. Eine einheitliche (Zusatz-
239)Benennung ist gleichzeitig hilfreich für die Orientierung.
240 Auch Erfahrungen aus Strukturen, welche durch Bundes-
241 gesetze gerade neu entstehen oder kürzlich entstanden
242 sind, wie die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung,
243 sind zu berücksichtigen. Dasselbe gilt selbstverständlich
244 für die von den Bezirken begonnene Einrichtung von Fa-
245 milienservicebüros, welche ebenfalls viele der vorgenann-
246 ten Ansätze (insb. auch die Kooperation zwischen Behör-
247 den und Trägern) bereits beinhalten.

249

250 **Begründung**

251 Berlin hat gegenwärtig - in weiten Teilen auch zu Un-
252 recht - das Image einer gescheiterten Stadt. Dort wo eine
253 funktionierende öffentliche Verwaltung gebraucht wür-
254 de, funktioniere es nicht zufriedenstellend beziehungs-
255 weise nicht so wie es gewünscht und angemessen wäre -
256 zumindest so die vorherrschende Meinung. Gründe dafür
257 sind bereits umfangreich diskutiert worden und reichen
258 von jahrelanger Konsolidierung, gerade auch beim Per-
259 sonal, bis hin zum Verwaltungsaufbau. Viele Menschen,
260 die in Berlin leben, sind davon frustriert. Wir tragen Ver-
261 antwortung in der Stadt. Unser Anspruch darf aber nicht
262 dort stehen bleiben, wo es darum geht die offensicht-
263 lichsten und ärgerlichsten Defizite zu beseitigen. Der An-
264 spruch muss sein, eine positive Vision zu entwickeln, wel-
265 che an den realen Bedürfnissen und Lebenslagen der Men-
266 schen ansetzt und dort deutliche Verbesserungen anbie-
267 tet. Die SPD führt gegenwärtig in Deutschland eine Sozial-
268 staatsdebatte. Einerseits haben wir einen umfangreichen
269 Sozialstaat, der grundsätzlich Angebote und Leistungen
270 zur Unterstützung von Menschen in den verschiedensten

271 Lebenslagen bereithält. Wir haben einen grundsätzlich
272 leistungsfähigen Sozialstaat, der den internationalen Ver-
273 gleich nicht scheuen muss. Gleichzeitig wissen wir auch,
274 dass es Unzufriedenheit an vielen Stellen gibt. Unser Sozi-
275 alstaat tritt den Bürger*innen nicht einheitlich gegenüber,
276 sondern besteht in Wirklichkeit aus einem Geflecht vor
277 verschiedensten Leistungen: manche davon sind beitrags-
278 finanzierte Sozialversicherungsleistungen, andere steuer-
279 finanzierte Fürsorgeleistungen. Viele Leistungen bemes-
280 sen sich in Geld, andere in Form von Vergünstigungen
281 oder sind Sachleistungen. Ein Großteil der Leistungen wird
282 durch Bundesgesetze definiert und teilweise durch Lan-
283 desgesetze konkretisiert. Kurz und gut: vieles von dem
284 was es an Angebot für Bürgerinnen und Bürger in ihrer je-
285 weiligen Situation gibt ist für diese nicht erkennbar. Die-
286 se Form des aufgegliederten Sozialsystems führt außer-
287 dem dazu, dass Träger einzelner Leistungen häufig nur in
288 ihrem Zuständigkeitsbereich beraten und ein Verweis auf
289 alternative oder ergänzende Leistungen bzw. die Abstim-
290 mung mit anderen Trägern beim Wechsel von einem Lei-
291 stungssystem ins nächste regelmäßig fehlen oder zu kurz
292 kommen. Schließlich gibt es im Prozess bei denjenigen, die
293 eine mögliche Leistung beantragen weiterhin Probleme:
294 Anträge wie Bescheide werden schon sprachlich aber auch
295 inhaltlich nicht verstanden, etwaige Rechtsfolgen ebenso
296 wenig, viele bleiben ratlos, wenn sie das Gefühl haben,
297 eine Leistung nicht so zu bekommen wie es ihnen ver-
298 meintlich zustünde. Während die Spielregeln der meisten
299 jeweiligen Leistungssysteme durch den Bundesgesetzge-
300 ber festgelegt werden, kommt es bei den vorgenannten
301 Problemen in erster Linie auf die Umsetzung an. Diese
302 findet neben Sozialversicherungsträgern in den Ländern
303 und Kommunen statt. Selbst die Sozialversicherungsträ-
304 ger sind durch die Versicherungsämter bereits seit über
305 100 Jahren auf kommunaler Ebene präsent. Daher eig-
306 net sich das Thema eines zugewandten Sozialstaats, der
307 die Bürgerinnen und Bürger an die Hand nimmt, sehr
308 wohl für eine fruchtbare Diskussion und Programment-
309 wicklung auf Landesebene und ergänzt damit die Diskus-
310 sion auf Bundesebene um wichtige Bestandteile. Die SPD
311 Berlin muss sich hier zum Ziel setzen Vorbild zu werden
312 für die Republik. Gerade in einem Stadtstaat können viele
313 der folgenden Punkte nicht zuletzt auf Grund der hohen
314 Dichte an Einrichtungen und Fachkräften verschiedenster
315 Art grundsätzlich einfacher umgesetzt werden, als in Flä-
316 chenstaaten. Berlin und seine Bezirke haben hierfür schon
317 eine Reihe von guten ersten Ansätzen, Begegnungsorte
318 und Beratungsstellen für Menschen in unterschiedlichen
319 Lebenslagen, allerdings gibt es kein rundes Konzept, viel-
320 fach bleibt es Stückwerk ohne Verzahnung mit anderen.
321 Gleichwohl ist dies eine gute Basis auf die man aufbauen
322 kann.

323

324 Die Berliner SPD bringt sich in die bundespolitische Debat-
325 te um einen Sozialstaat 2025 ein. Gleichzeitig kann sie je-

326 doch mit einer eigenen Positionierung für dieses Aufga-
327 benfeld einen wichtigen Beitrag leisten, damit nicht nur
328 der Sozialstaat durch Bundesgesetzgebung quasi theore-
329 tisch sondern auch ganz praktisch erlebbar besser wird.
330 Hierfür eine Vision und gute Vorschläge zur Umsetzung
331 derselben zu entwickeln lohnt.